



Christiane Bähr | Hans Günther Homfeldt |
Christian Schröder | Wolfgang Schröder |
Cornelia Schweppe (Hrsg.)

Weltatlas Soziale Arbeit

Jenseits aller Vermessungen

BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus: Bähr/Homfeldt/Schröder/Schröder/Schweppe, Weltatlas Soziale Arbeit, ISBN 978-3-7799-2982-8
© 2014 Beltz Verlag, Weinheim Basel
<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2982-8>

Christiane Bähr, Hans Günther Homfeldt,
Christian Schröder und Wolfgang Schröder

„Weltatlas“ Soziale Arbeit – jenseits aller Vermessungen

Ein Weltatlas Soziale Arbeit weckt Assoziationen und Erwartungen an kartografische Überblicke (Spillmann 2007, S. 155ff.). Wer 2013 auf den Internetseiten von tagesschau.de herumsurft, findet ebenfalls einen Link mit dem Titel ‚Weltatlas‘. Dahinter verbirgt sich eine Weltkarte, in der sich beim Anklicken differenzierte Informationen über die Länder sowie politischen Ereignisse in den ausgewählten Regionen finden lassen. Hätten wir diesen Anspruch an den vorliegenden ‚Weltatlas Sozialer Arbeit‘, so wäre es ein unverschämtes Projekt; denn insgesamt liegt kein ausreichendes Wissen zur Sozialen Arbeit in den unterschiedlichen Regionen dieser „Welt“ vor, damit ein Buch diesem Anspruch – wörtlich genommen – auch nur in Ansätzen gerecht werden könnte. Die internationale und transnationale Forschung zur Sozialen Arbeit lässt entsprechend gar keine lexikalische Vermessung Sozialer Arbeit zu. Es würde immer nur ein blasses Abbild dieser Welt bleiben.

Dennoch haben wir uns für diesen Titel entschieden und dies aus zweierlei Gründen: Zunächst sehen wir den Titel als Aufruf, sich stärker auch in der hiesigen Forschung mit internationalen und transnationalen Zugängen in der Sozialen Arbeit auseinanderzusetzen. Darum haben wir uns nicht gescheut, in der Mehrzahl Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anzusprechen, die in der deutschsprachigen Forschung in den vergangenen Jahren zu ausgewählten Zugängen Sozialer Arbeit zu unterschiedlichen Regionen oder in transnationalen sowie internationalen Perspektiven geforscht haben. Wir haben aber auch den Begriff ‚Weltatlas‘ gewählt, um den Leserinnen und Lesern zu zeigen, *wie* und *dass* gegenwärtig in „unseren“ sozialpädagogischen Welten Zugänge der Sozialen Arbeit diskursiv zusammen mit Verortungen in unterschiedliche Weltregionen hergestellt werden und in der Sozialen Arbeit vielfältige Grenzarbeit (Schröder/Schwepe 2013) geleistet wird.

Entsprechend erhebt dieser Weltatlas keinen Anspruch einer in irgendeiner Form gearteten Vermessung der Welt im Lichte der Sozialen Arbeit, sondern allein den Anspruch, die Diskussionen um sozialpädagogische Perspektiven in der globalisierten Welt zu öffnen und verwendet dabei den Fokus der Weltregionen als Reflexionsfolie, natürlich auch, um Bilder selbst zu reflektieren, die mit diesen Regionen in der Sozialen Arbeit hervorgebracht werden. Insgesamt soll der ‚Weltatlas‘ somit einen Rahmen bieten, um die diskursive Kartographie in der Sozialen Arbeit und die mitunter stereotypisierende Bindung von sozialpädagogischen Herausforderungen an ausgewählte Weltregionen zu problematisieren und den Blick auf die Grenzarbeit zu richten. Diese Problematisierung erscheint uns notwendig, da die Prozesse, die häufig mit dem Begriff der Globalisierung verbunden werden, längst die Soziale Arbeit erreicht haben (Lyons 2006) und langfristig eine reflexive Neuvermessungsarbeit der Sozialen Arbeit herausfordern.

1. Entgrenzungsprozesse in einer sich globalisierenden Welt

Der im Frühjahr 2003 erstmalig von „Le Monde diplomatique“ herausgegebene „Atlas der Globalisierung“ versucht eine vielfältig sich verknüpfende Welt anhand unterschiedlicher Themen in Statistiken, Karten, Bildern anschaulich sichtbar werden zu lassen. Auch dieser Atlas versteht sich als eine themenbezogene Reflexionsfolie in einer sich unablässig wandelnden Welt, wohl wissend, dass Grenzen nicht von Dauer, sondern aufgrund neuer Perspektiven und weiterreichender Erkenntnisse immer wieder neu analysiert und verortet werden müssen.

Dieser Prozess einer sich stetig wandelnden Welt wird mit dem Begriff der Globalisierung gefasst. Globalisierung beschreibt eine historische Zeitspanne, deren Beginn häufig in die frühe Neuzeit zurückdatiert wird (Osterhammel 2012). Die Verwendung des Begriffs Globalisierung hat hingegen erst seit den 1990er Jahren Hochkonjunktur (Mayer et al. 2011, S. 13). Insbesondere historische Ereignisse wie der Zusammenbruch des sog. Ostblocks, das Ende der bipolaren Weltordnung, die Liberalisierung des Welt Handels sowie die Verbreitung von Internet und Mobilfunk werden seither mit dem Begriff der Globalisierung verknüpft (Fäßler 2007). Gemeint ist damit eine zunehmende ökonomische globale Verflechtung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Insbesondere der technische Fortschritt im Transportwesen sowie in den Kommunikationsmedien gilt als Motor dieses Prozesses, der eine Überwindung von bisherigen räumlichen und zeitlichen Grenzen ermöglicht.

Mit diesen Entgrenzungsprozessen ist ein tiefer gesellschaftlicher Wandel verbunden. Dabei hat die Entgrenzung von Raum und Zeit die epochale Kartografie des 20. Jahrhunderts in ein transnationales Magnetfeld gezogen. Das Reden von der Risikogesellschaft, das seit den 1980er Jahren im Blick auf die unkalkulierbaren Folgen der Modernisierung die sozialwissenschaftlichen Diskussionen prägte, ist längst auf die Weltrisikogesellschaft (Beck 2011) ausgeweitet worden. Es ist einer Stimmung gewichen, in der die Angst überwiegt, die neuen globalen Entwicklungen nicht mehr mit dem „alten“ nationalstaatlichen Krisendiskurs einschätzen zu können. In den Sozialwissenschaften der zurückliegenden zwei Jahrzehnte haben sich dabei neue Diskursforen entwickelt, die sich um die Frage: „Zerfasert der Nationalstaat?“ ranken (Hurrelmann et al. 2008). Zum einen wird darauf hingewiesen, dass der souveräne Nationalstaat immer mit anderen Formen und Zentren politischer Autorität koexistiert habe (ebd.). So sei ihm – bei allen Veränderungen – bis heute kein ernsthafter Konkurrent erwachsen, auch nicht in Bezug auf aktuelle zu bewältigende Herausforderungen. Zum anderen wird ein Autonomieverlust des Nationalstaates diagnostiziert und mit ihm gar sein allmählicher Verfall, zumindest aber eine Einbuße seiner Souveränität, Rechts- und Sozialstaatlichkeit prognostiziert. Entsprechend lassen sich Prozesse der Supranationalisierung beobachten: Nationalstaaten geben dabei einen Teil ihrer Souveränität an eine Staatengemeinschaft ab. Ein Beispiel hierfür findet sich bereits in den 1950er Jahren in Europa mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die sich zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und schließlich zur Europäischen Union entwickelte. Zweck dieser Supranationalisierung ist es u.a., in der Staatengemeinschaft, die Herausforderungen einer vor allem ökonomischen Globalisierung gewachsen zu sein (Thiemeyer 1998). Zu Beginn der 1990er Jahre wurden, ebenfalls zu diesem Zweck, zunehmende grenzüberschreitende Wirtschaftsbündnisse und Freihandelszonen gegründet, wie das North American Free Trade Agreement (NAFTA), die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) oder der Mercado Común del Sur (Mercosur) in Lateinamerika. Die globalen Verflechtungen der Wirtschafts- und Finanzmärkte liefern den Gläubigerstaaten überdies die Legitimation, zum Teil massiv die nationalstaatliche Politik mitzugestalten, wie z.B. durch die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds, der die Interessen der Gläubiger in der internationalen Schuldenkrise der 1980er Jahre vertrat und den zahlungsfähigen Staaten umfassende Reformen in der Sozial-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik aufoktroyierte.

In diesem Zusammenhang wird in sozialpolitischen Kontexten vielfach die Bedeutung und Legitimation von NGOs in einer – wie auch immer sich darstellenden – globalen Zivilgesellschaft debattiert (Schröder/Homfeldt 2013). Ebenso wird das Verhältnis von lokalen und translokalen communi-

ties (z.B. Netzwerk-Communities) sowie von „globalen“ und „grassroot“ Bewegungen reflektiert (Morales-Gómez 1999; Batliwala 2002). Offen ist allerdings, welche politischen Möglichkeiten sie haben. Kern (2004) diskutiert dies am Beispiel des „Forest Stewardship Council“ (FSC), das aus einer Initiative unterschiedlicher Stakeholder (von der Wald- und Forstwirtschaft, über die Holzindustrie, Umwelt- und Naturschutzorganisationen bis zu indigenen Gruppierungen) 2003 als unabhängige und gemeinnützige Organisation in Toronto im Zusammenhang mit einer Initiative des WWF entstanden ist. Das FSC hat sich zu einer etablierten politischen Struktur in der ‚global Governance‘ (zum Begriff siehe unten) entwickelt. Entscheidend ist nun, dass diese Entwicklung „durch Politikversagen auf der Ebene des internationalen Regimes“ begünstigt wurde (ebd., S. 303). Beispiele wie das FSC werden häufig genannt, wenn die Potenziale von selbstorganisierten Netzwerken herausgestellt werden.

Zudem werden auch Weltereignisse, wie zum Beispiel die Olympischen Spiele, die Fußball-Weltmeisterschaft, die Welt-Klimakonferenz, aber auch Katastrophen wie die Terroranschläge vom 11. September 2001, der Tsunami 2004 im Indischen Ozean oder die Dreifach-Katastrophe 2011 in Japan, immer wieder als Globalisierungsindikatoren herangezogen und bieten Anknüpfungspunkte für eine interdisziplinäre Forschung (Werron/Unkelbach/Nacke 2008, S. 7). Stichweh (2008) merkt jedoch an, dass die Weltbedeutsamkeit von solchen Ereignissen größtenteils von der Anerkennung des Ereignisses durch die Massenmedien abhängt. Besonders Katastrophen, seien es Naturkatastrophen, technische Katastrophen, Hungerkatastrophen, terroristische Akte oder auch kriegerische Auseinandersetzungen, lassen sich nie ohne eine Inszenierung durch die Massenmedien denken. Sie stellen somit also auch immer ein Medienereignis dar, welches dementsprechend zum Gegenstand globaler Aufmerksamkeit wird. „Die furchtbarste Naturkatastrophe, wenn sie nicht kommunikativ mitgeteilt wird, wird im Gedächtnis der Welt nicht vorkommen.“ (Stichweh 2008, S. 34)

Die durch die Medien global kommunizierten Krisen und Katastrophen aktivieren mitunter aber auch eine weltumspannende solidarische Öffentlichkeit und lassen ein System von transnationaler Hilfe entstehen (Treptow 2007; Holzer 2008a). Die Auswirkungen von Katastrophen als auch die grenzüberschreitende Betroffenheit und die „episodische Solidarität“ (Holzer 2008a) können entsprechend nicht nur auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene begrenzt verortet werden, sondern finden auch auf der Ebene der Weltgesellschaft statt (Holzer 2008b). Für eine gewisse Zeit flimmert der Schein einer transnationalen Schicksalsgemeinschaft auf. Dieser Zusammenhang zwischen Extremsituationen, so wie sie durch Katastrophen gemacht werden, und der Entstehung von grenzüberschreitenden Schicksalsgemeinschaften ist ein wichtiges Element in der Perspektive der Weltrisiko-

gesellschaft, welche vor allem die potentielle Betroffenheit aller und die daraus folgende Antizipation einer gemeinsamen Bedürftigkeit herausstellt (Beck 2011).

Dabei wird seit den 1990er Jahren auch auf die Entwicklung universaler Rechte gesetzt und Gelingensbedingungen zum Entstehen eines Weltwohl-fahrtsstaates formuliert (Leisering 2007). Gefragt wird in diesem Kontext zudem, welche Reichweite kosmopolitische Orientierungen oder gar ein „Weltethos“ haben (Höhenrieder/Rose 2005) und ob diese nicht immer durch ethnische, nationale, wirtschaftliche und religiöse Partikularinteressen destruiert werden. Zu beobachten ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass sich in Sozialwissenschaften die Disziplingrenzen verschieben: Rechtswissenschaften, Soziologie, Soziale Arbeit und Ökonomie beziehen sich vielfach auf sog. „area studies“ – wie z.B. „Globalisierung und Menschenrechte“ (Robinson 2008, S. 64f.) oder die globale Gesundheitsförderung. Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung, dass nur durch disziplin-übergreifende Initiativen und Forschung bspw. der Ernährungsmangel und gesundheitsbezogene Krisen in vielen Regionen der Welt bearbeitet werden können.

2. Soziale Arbeit und Global Governance

In der Sozialen Arbeit lässt sich vor allem ein globalisierungskritischer Grundduktus, insbesondere mit dem Fokus auf Armut und Ungleichheiten (global inequality), ausmachen (Ray 2007; Firebaugh/Goesling 2007): Die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit werden dabei häufig zu den sozialen Verlierern, den Abgeschriebenen der Globalisierung, gerechnet. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass die globalen Entwicklungen in ihren Krisen lokal in der Sozialen Arbeit ankommen und die Lebens- und Bewältigungslagen (Böhnisch/Schröder 2012) der Menschen verändert haben. Insofern nimmt es nicht Wunder, wenn in der Sozialen Arbeit vielfach mit dem Begriff der sozialen Exklusion gearbeitet wird. Es geht scheinbar nicht mehr um Randgruppen, Reintegration und sekundäre Integration. Das sind Begriffe der „alten“ nationalstaatlichen Sozialen Arbeit, die signalisieren, dass auch die Menschen an den gesellschaftlichen Rändern weiter als zugehörig und integrationswürdig betrachtet werden. Jetzt scheinen sie auf einmal draußen – überflüssig. Die Soziale Arbeit als sozialpolitische Müllabfuhr der Globalisierung?

Gleichzeitig wird argumentiert, dass die Soziale Arbeit die Chancen der Globalisierung übergehe: Die globale Welt sei in Bewegung und diese Bewegung erfasse auch die, die das sozialstaatliche Reden zu den Exkludierten zählt. Das Globale setze im Lokalen neue und andere Kräfte frei, die es auf

ihre Ressourcen hin zu analysieren und zu nutzen gelte. Es wird deutlich, dass vielerorts die sozialpädagogische Reflexivität über den Sozialstaat hinausgehen muss, wenn dieses neue ‚globalisierte‘ Magnetfeld der Entstehung und Ausformung sozialer Probleme und ihrer transnationalen Verflechtungen erkannt werden soll.

Entgrenzungen der globalisierten Welt wirken in die Soziale Arbeit hinein und schaffen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, zumal die Lebens- und Bewältigungslagen in vielfacher Weise unter Druck geraten sind. Mit dem Konzept einer Sozialen Arbeit als „Menschenrechtsprofession“ wurde ein Anfang gemacht, eine kosmopolitische Reflexivität auszubilden. Dass dieses Konzept dem Optimismus anhängt, man könne die Soziale Arbeit wieder stärker an internationale soziale Bewegungen und Institutionen anbinden und einen normativen Überbau vorschlägt, der professionsunspezifisch, weil professionsübergreifend ist und mit anderen Professionen geteilt werden muss, soll hier nicht weiter zur Debatte stehen. Insgesamt liegt das Konzept ganz im Mainstream vieler Diskussionen um eine transnationale Sozialpolitik, die häufig eine universale Begründung jenseits des Sozialen und Lokalen suchen. Demgegenüber wäre es aber zunächst politisch weiterführend, wenn sich die Soziale Arbeit mit ihren Perspektiven im Rahmen der Diskussionen um den sog. World Polity Ansatz (1), die Weltgesellschaft (2) oder um Global Governance (3) reflektieren würde.

Im ‚World Polity Ansatz‘ (1) nach Meyer (2005) gestaltet sich die kulturelle Ordnung der Weltgesellschaft nach dem Vorbild westlicher Gesellschaften. Die drei dominanten Strukturen sind dabei die zentrale Organisationsform: Staat (1), die formalen Organisationen (2) als grundlegende Einheiten sowie als Handlungsträger, das rationale Individuum (3). Diese drei Formen legitimieren sich gegenseitig und stabilisieren dadurch auch das System. Die Kritik an diesen Herrschaftsformen bezieht sich auf die Formalität der Organisationsstruktur, da durch sie andere mögliche, heterarchische Kooperationsformen zwischen Menschen ausgeschlossen werden (Türk/Lemke/Bruch 2006). Insbesondere kleinere soziale Bewegungen experimentieren mit alternativen Formen von Kooperationen, die sich durch zumindest partielle Uneindeutigkeiten in der Zuschreibung von Rollen und Mitgliedschaft auszeichnen. Letztere finden – nicht zuletzt aufgrund ihrer andersartigen Organisationsformen – auf der transnationalen politischen Bühne, wie z.B. in der Perspektive des Global Governance kaum Berücksichtigung. Hier finden vielmehr große transnational-operierende NGOs eine Plattform, um Kompromisse bei divergierenden Interessenslagen mit bspw. Akteuren aus der Wirtschaft auszuhandeln.

Im Konzept der Weltgesellschaft (2) wird darüber hinaus argumentiert, dass Globalisierung zu einer voranschreitenden weltweiten Vernetzung von

Akteuren führt, deren Zielpunkt die Weltgesellschaft darstellt. Demzufolge entwickelt sich eine Vielzahl von Inklusions- und Exklusionspunkten, die sich je nach der Dynamik transnationaler Ströme gestalten. Wird im Nationalstaat noch zwischen Bürger und Nicht-Bürger unterschieden, um ein steuer- und wohlfahrtsstaatliches Modell aufrechtzuerhalten, so ersetzen im System der Weltgesellschaft variierende Inklusionsformen, wie beispielsweise Visum als Besuchsrecht, die ausgrenzenden Unterscheidungen. Dieses allumfassende Netzwerk, die Weltgesellschaft, operiert dann ohne ein soziales Außen. Die Herausforderung in der Entwicklung hin zur Weltgesellschaft besteht aus systemtheoretischer Sicht darin, das Fehlen eines sozialen Äußeren zu kompensieren, um gleichsam die Formulierung sozialen Zusammenhaltes zu ermöglichen. Dies könne z.B. durch eine nahende ökologische Katastrophe mit einer Selbstbeschreibung als Schicksalsgemeinschaft gelöst werden (Stichweh 2010). Grundsätzlich findet diese Perspektive wie die der ‚World Polity Ansatz‘ aber wenig Widerhall in der Sozialen Arbeit, da sie kaum differenzierte Zugänge zu den unterschiedlichen Armutslagen, Bedürftigkeiten und sozialen Konflikten der Menschen sowie Ebenen sozialer Sicherung und Unsicherheit in der globalisierten Welt bieten kann. Doch gerade darauf ist die Soziale Arbeit angewiesen.

Eher wird in der Sozialen Arbeit die Perspektive der Global Governance (3) rezipiert. Der Bericht „Nachbarn in Einer Welt“ der UN Commission on Global Governance (Gettkant 1995) gilt nach wie vor als wichtiger Ankerpunkt in der Beschreibung des Konzepts. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie die Globalisierung politisch gestaltet werden kann, da die Alternative einer Weltregierung (Global Government) ausgeschlossen ist. Als politisches Programm charakterisiert sich Global Governance durch das Überschreiten nationalstaatlicher Grenzen und grenzt sich von der internationalen Politik wiederum dadurch ab, dass auch nichtstaatliche Akteure einbezogen werden. Vor allem der Brundtland Report „Our Common Future“ (WCED 1987), der die Grundthese vertritt, dass nachhaltige Entwicklung von innen heraus erfolgen müsse, markiert eine Wende hin zu mehr Teilhabe von NGOs an politischen Entscheidungen in internationalen Institutionen. Auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio nahm erstmals eine große Anzahl an NGOs in beratender Funktion teil.

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, dass es noch nie eine so große Zahl lokaler und regionaler politischer Bewegungen gab wie zur gegenwärtigen Zeit der Globalisierung. Ihre Grundmuster „passen zu modernen Lebensstilen und zu den gesteigerten Selbstverwirklichungs- und Gestaltungsansprüchen ihrer Trägerschaft: fluide, netzwerkartige Kooperationsformen statt bürokratischer Großorganisationen“ (Roth 2012, S. 38). Der Beginn einer globalen Protestbewegung wird ins Jahr 1999 mit den Demonstrationen gegen die Welthandelsorganisation in Seattle datiert. Es

folgten weitere Demonstrationen, in denen junge Menschen aus unterschiedlichen Ländern gemeinsam gegen die international-operierenden Institutionen oder die G8, wie in Genua im Jahr 2001, protestierten. In diesem Jahr wurde auch das Weltsozialforum als Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum zum ersten Mal in Porto Alegre veranstaltet. Diese Globalisierung von Protest geht mit Gegentendenzen einer (Re-)Nationalisierung einher, wie man sie an der Besetzung von historischen Plätzen, wie dem Tahrir Platz in Ägypten (Jugendbewegung des sog. Arabischen Frühlings), der Puerto del Sol in Spanien (Los Indignados) oder dem Zuccotti Platz in den USA (Occupy Wallstreet) beobachten kann (Brunnengräber 2012). Es hat sich eine eigenartige, aber typische Spannung entwickelt: Die Globalisierung mit ihren Entgrenzungstendenzen setzt auch in der Sozialen Arbeit ein lokales und regionales Suchen nach Halt, Abgrenzung und sozial rückversicherter Identität frei. Verstärkt wird auch in sog. indigen ausgerichteten Ansätzen reflektiert, welche Implikationen globale Entwicklungen für eine regionale ‚Social Work Agenda‘ als Reflex auf eine globale Kolonisierung haben können (Durie 2010). Gleichzeitig scheint aber auch, bedingt durch die Vernetzung in Onlineforen oder durch die „Normalisierung“ von Auslandsaufenthalten, sich ein kosmopolitisches Bewusstsein (Beck 2004) in einigen Kontexten zu entfalten.

In diesem Zusammenhang kann auch eine Ausdifferenzierung und Neugestaltung von transnationalen Organisationen beobachtet werden, die Soziale Arbeit mit konstituieren. Diese Organisationen begründen ihre sozialen Angebote und Interventionen dabei immer wieder über Ansätze des Empowerments oder der Selbsthilfe bzw. argumentieren, dass sie Handlungskonzepte von lokalen grassroots-Bewegungen aufnehmen (Sherraden/Ninacs 1998; McCall 2003).

Diese Organisationen lassen sich grob in fünf Gruppen unterteilen:

- Organisationen, wie sie im Rahmen oder Auftrag z.B. der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinten Nationen oder anderer transstaatlicher Bündnisse zur politischen und sozialen Regulation internationaler Herausforderungen weltweit agieren;
- Wohlfahrtsverbände und Vereine, die aus religiösen Kontexten oder moralischen Begründungszusammenhängen transnational engagiert sind;
- Nichtregierungsorganisationen (NGO), die häufig als Agenturen einer transnationalen Menschenrechtspolitik angesehen werden;
- Consultingfirmen, Stiftungen transnationaler Konzerne oder Verbände;
- Basisorganisationen bzw. -bewegungen, die durch (lokale) zivilgesellschaftliche Akteure oft aus Protest bezüglich bestehender gesellschaftlicher Entwicklungen, politischer Maßnahmen und sozialer Absicherungen ins Leben gerufen werden.

Die Teilhabe von NGOs an der internationalen Politik, wie sie im Konzept des Global Governance vorgesehen ist, bleibt dabei umstritten: NGOs bilden zwar ein wichtiges Gegengewicht zur Lobbyarbeit multinationaler Konzerne, zugleich legitimieren sie aber auch die Normen und Praktiken der Weltpolitik und sind aufgrund finanzieller Abhängigkeiten leicht beeinflussbar. Weiterhin werfen Kritiker dem Ansatz des Global Governance vor, in der internationalen Zusammenarbeit die vorherrschenden Machtverhältnisse, wie z.B. die hegemoniale Stellung der USA und Europas, auszublenken (Brand/Brunnengräber 2000).

Vor diesem Hintergrund verwundert es auch kaum, dass sich in der Sozialen Arbeit ebenfalls ein kritischer sozialwissenschaftlicher Diskurs entwickelt hat, in dem der Begriff der Gouvernamentalität zur Analyse des politischen Strukturwandels herangezogen wird. Mit dem Begriff Gouvernamentalität ist „die Gesamtheit“ gemeint, „gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2000, S. 64). Zudem ist mit dem Begriff der Gouvernamentalität die „Vorrangstellung dieses Machttypus, den man als ‚Regierung‘ bezeichnen kann, gegenüber allen anderen – Souveränität, Disziplin“ (ebd.) ausgedrückt. Herausgestellt wird damit die „Verschiebung von Strategien des ‚government‘ zu Strategien der ‚governance‘ [...], mit welcher der Staat weniger direkt und über die Autonomie der zivilgesellschaftlichen Akteure hinweg agiert als vielmehr in einer ‚Regierung aus der Distanz‘ [...], mit welcher er die Autonomie der zivilen Akteure nicht unterdrückt, sondern lenkt, kanalisiert, aktiv für sich nutzt und dabei kooperativ durch die zivile Gesellschaft hindurch agiert“ (Ziegler 2001, S. 29).

Die Soziale Arbeit steht damit wiederum in einem für sie klassischen Dilemma. Einerseits ist sie ein Teil der ‚Regierung aus der Distanz‘, andererseits wird sie vor Ort weiterhin und heute vielleicht noch entschiedener mit den Paradoxien und Bedürftigkeiten konfrontiert, die die globalisierte Ökonomie hervorbringt. Doch im Unterschied zu früheren Entwicklungsphasen in der Sozialen Arbeit fehlt ihr bisher ein transnationaler politischer Rahmen, der es ermöglicht, die Widersprüche gesellschaftlich zu thematisieren.

3. Soziale Arbeit in internationaler und transnationaler Perspektive

Transnationalität zeichnet sich dadurch aus, „dass Wissens- und Handlungsformen quer zu nationalstaatlichen und -gesellschaftlichen Grenzen verlaufen und hierdurch ihren geographischen und sozialräumlichen nationalen Referenzrahmen erweitern (bzw. verlieren)“ (Homfeldt/Schröer/Schwepe 2006, S. 12; Pries 2010). Internationalität bezeichnet dagegen die Beziehungen zwischen Staaten, bei denen diese als Akteure mit (völkerrechtlicher) Souveränität auftreten (Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002; Pries 2010).

Die sog. International Social Work hat in den letzten Jahren einen großen Aufschwung erhalten (Hering/Waaldijk 2002; Treptow 2010; Homfeldt/Brandhorst 2004). Der Nationalstaat steht in dieser Perspektive weiterhin als die systematische Bezugsgröße im Vordergrund. Allgemein formulieren Thimmel und Friesenhahn (2010, S. 396) das Potenzial der Internationalen Sozialen Arbeit folgendermaßen:

„Internationale Soziale Arbeit generiert durch reflektierte Vergleiche von Konzepten und Handlungsmodellen neue Wissensbestände, kann Impulse für die Weiterentwicklung der Professionalisierung und Verbesserung der beruflichen Praxis geben, die schließlich auch zu einer verstärkten Anerkennung der Sozialen Arbeit als wichtiger, kompetenter Akteur bei Internationalisierungsprozessen führen.“

In dem vorliegenden ‚Weltatlas Soziale Arbeit‘ geht es jedoch nicht um einen Vergleich von Konzepten oder Handlungsmethoden Sozialer Arbeit, vielmehr soll die weltweite Vielfalt der Praxis und Forschung von Sozialer Arbeit angedeutet und die Bindung an spezifische Regionen reflektiert werden.

In diesem Zusammenhang wird gleichzeitig problematisiert, dass die Konstruktion einer Disziplin und Profession „Sozialer Arbeit“ zuallererst ein westliches Projekt ist, welches dann in andere Erdteile getragen wurde. Mayadas, Watts und Elliott (1997) sprechen in ihrem Handbuch von einer Kolonialisierung Sozialer Arbeit. In vielfältiger Weise haben postkolonial ausgerichtete Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen dargelegt, wie westliche Theorie und westliches Wissen nach Afrika und nach Asien „exportiert“ und dort implantiert wurden. Inzwischen sind vielfältige Debatten zur Entwicklung und Relevanz indigenen wissenschaftlichen und professionellen Wissens im Kontext von Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit allgemein geführt worden (Briggs/Sharp 2004). Ihren Ursprung hatten diese in Süd- und Nordamerika.

Da sich Regionen, Länder und Kontinente nicht nur in ihren politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen, sondern auch in ihrer Definition sozialer Probleme und ihrer Bewältigung unterscheiden, entfalteten sich in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts in den Ländern der sog. „Dritten Welt“ indigen ausgerichtete Ansätze ohne größere Transferperspektiven (Ferguson 2005, S. 520). Zwischenzeitig gehen Überlegungen über eine Indigenisierung hinaus und plädieren für ein globales, multidirektionales Transfermodell (Ferguson 2005): Dieses Modell folgt der Grundannahme der Gleichheit, der Demokratie, des Multikulturalismus und der Anerkennung von Diversität. Es wird ferner angenommen, dass alle Länder sowohl Geber wie auch Nehmer von Ideen und Technologien sind – diese zirkulieren. Auf der Grundlage dieser Annahme ergibt sich eine idealisierte Perspektive der Zusammenarbeit aller Länder auf Augenhöhe z. B. in Bezug auf Wissensaustausch. Die häufig zitierte Definition zum Verständnis von Sozialer Arbeit als Beruf der International Federation of Social Workers (IFSW) und der International Association of Schools of Social Work (IASSW) korrespondieren mit dem von Ferguson entwickelten idealistischen Ansatz:

“The social work profession promotes social change, problem solving in human relationships and the empowerment and liberation of people to enhance well-being. Utilising theories of human behaviour and social systems, social work intervenes at the points where people interact with their environments. Principles of human rights and social justice are fundamental to social work.” (IFSW 2012)

Allgemein ist zunächst im Horizont der Globalisierung zu beobachten, dass auf der Weltkarte Sozialer Arbeit vielerorts „klassische“ Kristallisationspunkte der Sozialen Arbeit und ihrer Entwicklung sowie sozialpolitischen Reflexivität im Lokalen im Spannungsfeld von Transnationalität und Nationalstaatlichkeit neu freigesetzt werden. So fordern die sozialen Sorgeverhältnisse (Care) gegenwärtig die Öffnung des Blickes über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus genauso ein, wie dies in der Bezugnahme auf soziale und bürgerschaftliche Rechte (citizenship) und die Verantwortung für öffentliche Güter und die Gestaltung der lokalen Gemeinwesen (commons) geschieht.

Soziale Arbeit kann ihre Tätigkeit folglich nicht länger nur in national gedachten Containern und in den ihr geschichtlich begründeten Institutionen verrichten. Sie kann sich auch nicht länger mehr auf eine Internationale Soziale Arbeit beschränken, die einzig Länder vergleicht und daraus Schlüsse für weitergehende Entwicklungen zieht. Sie sollte sich aber auch zurückhalten, im Sinne einer „global social work“ Ansätze mit dem Ziel einer theo-